

Antrag - Nr. StVV - AT 12/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)

Bei etwa 250.000 Fällen von häuslicher Gewalt jährlich, verwundert es kaum, dass jeden zweiten Tag eine Frau durch häusliche Gewalt stirbt. Frauen gehören mit etwa 70% der Betroffenen zu den häufigsten Personen, die Gewalt erleiden. Bei allen Präventions-, Schulungs-, Akut- und Nachsorgemaßnahmen werden aber die männlichen Opfer oft vergessen. Denn auch Männer und männliche Jugendliche können Gewaltopfer werden. Auch sie sind immer wieder in toxischen Beziehungen gefangen und erlangen dabei weit weniger Verständnis und Unterstützung als Frauen in der gleichen Situation. Doch Opfer sind Opfer, unabhängig vom Geschlecht.

Doch eine Mitteilung (Drucksache 21/313) des Senats zeigt genau das auf: Frauen können ein großes Maß an Verständnis erfahren. Sie werden unterstützt, haben mehrere Anlaufstellen und es gibt für sie im Frauenhaus eine geschützte Umgebung. Die Maßnahmen werden aktuell noch weiter ausgebaut. Doch schaut man sich die Hilfsmöglichkeiten für männliche Opfer an, stößt man in unserer Stadt auf eine Ungleichbehandlung.

Daher beantragt die Fraktion Bündnis Deutschland:

1. Die Frauenberatungsstelle soll in „Gewaltschutzberatungsstelle“ umbenannt werden.
2. Die Suchmaschinenoptimierung sowie der Eingangstext der Frauenberatungsstelle ist so zu gestalten, dass bereits bei der Recherche über Suchmaschinen für Jugendliche und Männer die Zuständigkeit dieser Stelle für ihr Hilfsangebot ersichtlich ist.
3. Die Polizei wird gebeten ihr Selbstbehauptungsangebot auch für Jugendliche ab 14 sowie für Männer zu erweitern.

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland